

gen der Importe weist Taiwan im Handel mit China einen hohen Überschuss aus. (FEER, 1.4.00)

Hongkong hat von den Restriktionen Taiwans bisher profitiert und eine Mittlerrolle im Tourismus, im Handel und bei Investitionen übernommen. Mehr als zwei Millionen taiwanesischen Touristen kamen im letzten Jahr nach Hongkong, von denen ein großer Teil den Umweg über Hongkong für die Reise auf das chinesische Festland machen muss. Der Hongkonger Handel mit Taiwan betrug im letzten Jahr 133,5 Mrd. HK\$ und mit Festlandchina 1.057 Mrd. HK\$, das waren 43% des gesamten Hongkonger Außenhandels. Die Reexporte über Hongkong im Handel zwischen Taiwan und Festlandchina beliefen sich auf 76,5 Mrd. HK\$ im Jahre 1999.

Schätzungen zufolge gibt es rd. 3.000 taiwanesischen Unternehmen in Hongkong mit rd. 100.000 Beschäftigten. An der Hongkonger Börse notieren sechs taiwanesischen Unternehmen. Da die meisten taiwanesischen Unternehmen Hongkong als Sprungbrett für ihre Geschäfte auf dem Festland nutzen, könnten sie ihren Standort aufgeben, sobald direkte Wirtschaftsbeziehungen eingerichtet werden.

Für den Hongkonger Minister für Handel und Industrie, Chau Tak-hay, wird die Aufnahme direkter Wirtschaftsbeziehungen zwischen Festlandchina und Taiwan dagegen positive Auswirkungen auf Hongkong haben. So erwartet er eine steigende Nachfrage nach Dienstleistungen und eine Ausweitung der Geschäftsmöglichkeiten. Weniger optimistisch gibt sich Wu Cheih-ming, Direktor des Far East Trade Service, dem Hongkonger Arm des taiwanesischen Wirtschaftsministeriums. Wu zufolge werden sich direkte Wirtschaftsbeziehungen zwischen Taiwan und dem Festland für Hongkong sehr negativ auswirken. Anfänglich mögen zwar einige taiwanesischen Unternehmen noch der Regierung auf dem Festland misstrauen und ihre Unternehmen weiter in Hongkong operieren lassen. Sobald sich jedoch eine Routine eingestellt habe und die Kostengünstigkeit direkter Beziehungen offensichtlich wird, könnte auf die Mittlerrolle Hongkong nahezu ganz verzichtet werden. Der anstehende Beitritt Chinas und damit auch Taiwans zur

WTO werde die Entscheidung direkter Wirtschaftsbeziehungen beschleunigen. Wu geht davon aus, dass bereits in den nächsten zwei bis drei Jahren umfassende direkte Wirtschaftsbeziehungen zwischen Taiwan und Festlandchina bestehen werden.

Auch andere taiwanesischen Analysten wie Ben Kwong, stellvertretender Direktor für Investitionsdienstleistungen bei KHI Asia Ltd., einem taiwanesischen Wertpapierhaus, sehen die Notwendigkeit für einen Wandel in der Hongkonger Wirtschaftsstruktur: „Hong Kong needs to restructure its economy from an entrepot to a knowledge-based economy with its own high-tech industry. The territory should reduce its reliance on re-exports before it's too late.“ (*Nikkei Weekley*, 29.5.00) - schü-

SVR Macau

39 Regierungschef Edmund Ho besucht Portugal und Frankreich

Der Regierungschef der Sonderverwaltungsregion Macau (SVRM), Edmund Ho Hau Wah, stattete vom 16. bis 25. Mai Portugal und Frankreich einen offiziellen Besuch ab. Es war seine erste offizielle Auslandsreise seit seiner Amtseinführung. Als Hauptziel seiner Reise nannte Ho die Bekanntmachung des Reisepasses der SVRM in der EU. Hierfür boten sich die beiden Länder als Besuchsziele besonders an, hat Portugal doch im ersten Halbjahr die Präsidentschaft in der EU inne, bis es dann in der zweiten Jahreshälfte von Frankreich abgelöst wird. Zu Edmund Hos Entourage gehörten Susana Chou, Präsidentin der Legislativversammlung, Francis Tam Pak Yuen, Wirtschafts- und Finanzsekretär, sowie 13 Geschäftsleute. Während seines dreitägigen Portugalbesuchs traf Ho mit Staatspräsident Sampaio, Regierungschef Guterres, Außenminister Jaime Gama, Justizminister Antonio Costa, Minister für Wissenschaft und Technologie Jose Mariano Gago und Vertretern der Wirtschaft zusammen. Edmund Ho und Jaime Gama unterzeichneten ein Abkommen über die ge-

genseitige Förderung und den Schutz von Investitionen. Eins von zehn Gesprächsthemen zwischen den beiden Politikern war die Veränderung von Gesetzen, die die neue Regierung vorgenommen hat. Es handelt sich hier allerdings nur um vereinzelte Änderungen und technische Abänderungen, die von Geschäfts- und Wirtschaftskreisen Macaus vorgeschlagen wurden. Beide Seiten bemühten sich nach Presseberichten, das Problem herunterzuspielen. Die geringfügigen Änderungen, so Edmund Ho, dienten der Verbesserung von Macaus Rechtsgefüge, und er schloss weitere Änderungen an Gesetzen in der Zukunft nicht aus. Ein enger Freund von Ex-Gouverneur General Vasco Rocha Vieira, der frühere Justizsekretär in Macau, Jorge Silveira, hatte in der einflussreichen Zeitung *Diario de Noticias* der Regierung der SVRM vorgeworfen, sie verletze die Gemeinsame Sino-Portugiesische Erklärung, weil jüngst einige Veränderungen auf dem Gebiet des Handelsrechts und des Verfahrens von Notaren vorgenommen worden waren. Die Behauptung wurde sofort vom portugiesischen Justizministerium zurückgewiesen. Ein anderes kontroverses Thema - die Jorge-Alvares-Stiftung (s. die folgende Übersicht) - wurde von Edmund Ho nicht angesprochen; es stünde nicht auf seiner Tagesordnung für diese Reise, so der Regierungschef. (*Diario de Noticias* web site, Lissabon, 18.5.00, in SWB, 20.5.00; SCMP, 27.5.00) Auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem portugiesischen Außenminister erklärte Edmund Ho lediglich, es liege an General Vieira, ob das Geld Macau zurückgegeben werde. Die Kontroverse habe die freundschaftliche Beziehung Macaus zu Portugal nicht beeinträchtigt. Am Ende seiner Portugalreise schrieb die portugiesische Wochenzeitung *Expresso*, dass die portugiesische Regierung und Präsident Sampaio während seines Besuchs von General Vieira abgerückt seien. Der Präsident dementierte dies im Rundfunk: „Wir werden Leute wie Rocha Vieira, die für Portugal großartige Dienste geleistet haben, nicht kreuzigen.“ (SCMP, 27.5.00)

Am 20. Mai flog Edmund Ho weiter nach Paris. Hier kam es am 22. Mai zu einem nicht vorgesehenen Treffen mit Präsident Jacques Chirac. Am Morgen besuchte Macaus Regierungs-

chef die französische Angestelltenvereinigung MNEF und diskutierte mit Geschäftsleuten die Kooperation zwischen kleinen und mittleren Unternehmen auf beiden Seiten. (RMRB, 20., 22., 23.5.00; XNA, 17., 20., 23., 26.5.00; NZZ 20., 21.5.00) -ljk-

40 Neuer Wirbel um die Stiftung von Ex-Gouverneur Vieira

Der frühere Gouverneur in Macau, General Vasco Rocha Vieira, der sich auch für das Amt des Staatspräsidenten bewerben möchte, sorgt mit der in Lissabon ansässigen „Jorge-Alvares-Stiftung“, deren Vorsitz er führt, in den Lissaboner und Macauer Medien weiter für Schlagzeilen. Kurz vor der Übergabe Macaus hatte er im Dezember letzten Jahres 50 Mio. MPtc an öffentlichen Geldern von der Macau Development and Cooperation Foundation an die Alvarez-Stiftung, die die kulturellen Beziehungen zwischen Macau und Portugal fördern soll, transferiert. (S. dazu C.a., 2000/1, Ü 39 und 2000/3, Ü 38.) Er selbst sah darin „absolut nichts Illegales“. Die portugiesischen Medien kritisierten sein Verhalten scharf. Regierungschef Edmund Ho hatte eine dreiköpfige Untersuchungskommission eingesetzt und verlauten lassen, deren Ergebnisse wiesen darauf hin, dass der Transfer „in einer Grauzone des Rechts“ erfolgt sei. Er hatte aber behauptet, dass keiner für den Transfer verantwortlich gemacht werden könnte. Nun veröffentlichte aber die angesehene portugiesische Tageszeitung *Publico* am Vorabend von Edmund Hos erstem offiziellen Portugalbesuch vertrauliche Ergebnisse der Kommission. Die Untersuchung habe ergeben, dass die Geldüberweisung des Generals illegal gewesen sei und für null und nichtig erklärt werden könnte, weil er davon als Vorsitzender der Stiftung profitiert habe. „Herr Vasco Rocha Vieira ... hat in illegaler Weise seine Befugnisse überschritten und direkt in eine finanziell autonome Körperschaft eingegriffen“, zitierte die Zeitung den Untersuchungsbericht. (SCMP, 17.5.00) Während Edmund Hos Portugalbesuch forderte General Vieira seinen Nachfolger auf, öffentlich das Ergebnis der vertraulichen Untersuchung anzuprangern. Er habe dieses Ansinnen

„höflich abgelehnt“, so Macaus Regierungschef. (SCMP, 3.6.00)

In einem Artikel in der Lissaboner Wochenzeitung *Expresso* vom 27. Mai griff der Ex-Gouverneur Macaus neuen Regierungschef scharf an. Er behauptete, dass dieser „genaue Kenntnis“ von den Geldern gehabt und seine „ausdrückliche Zustimmung“ zur Einrichtung des Fonds gegeben hätte, und beschuldigte ihn, die „Verpflichtung“, öffentlich die Stiftung zu unterstützen, „aufgegeben“ zu haben. Der Streit hätte Portugals nationale Würde verletzt. Vieira stellte abschließend fest, die Stiftung habe für ihn keinen Sinn mehr. Der Regierungssender Radio Macau berichtete am 28. Mai, General Vieira werde sein Präsidentenamt in der Stiftung niederlegen, ihr aber weiterhin als Vorstandsmitglied angehören. „Der Ex-Gouverneur sagte in seinem Artikel, dass die Stiftung keinen Sinn mehr für ihn hat. Wie kann er dann weiter einer ihrer Treuhänder sein?“ „Eine Möglichkeit ist, alles zusammenzukratzen und das ganze Geld an Macau zurückzugeben. Eine andere Möglichkeit ist, einen neuen Präsidenten zu wählen und das ganze Geld in Lissabon zu behalten.“ (SCMP, 29.5.00)

Als Antwort auf die Attacken des Generals gegen Edmund Ho brandmarkte die größte chinesischsprachige Zeitung in Macau, die *Ou Mun Yat Pou* (Macau Daily News), den Ex-Gouverneur als „Plünderer“ und nannte den Geldtransfer ein „Meisterstück der Plünderergewohnheiten alter Kolonialisten“. Schon früher hatte Demokratieaktivist Antonio Ng Kuok-cheong, Mitglied der Legislativversammlung, in diesem Zusammenhang von Diebstahl gesprochen. Die portugiesische Tageszeitung *Macau Hoje* (*Macau Today*; sie ist die einzige dreisprachige Tageszeitung in der Welt und berichtet in Portugiesisch, Chinesisch und Englisch) drängte den General, die Stiftung zu schließen und das Geld zurückzugeben. Fast alle politischen Führer in Portugal, so der Lissaboner Korrespondent der Zeitung, distanzieren sich von Vieiras unberechtigten Angriffen. Edmund Ho spielte die Angriffe in Vieiras Artikel, den Beobachter als seinen politischen Schwanengesang ansehen, herunter. Es handele sich um ein „Missverständnis unter Freunden“, und er könne Viei-

ras „Frustration“ über die Auseinandersetzung verstehen. Er sagte indes nicht, ob er vom Geldtransfer vor der Rückgabe Macaus gewusst hat. Er wies jedoch nachdrücklich darauf hin, dass es unangemessen gewesen wäre, seine förmliche Zustimmung zu Maßnahmen zu geben, die damals von der portugiesischen Verwaltung getroffen worden seien. Er werde die 50 Mio. „mit Freude annehmen“, wenn die Stiftung sich für eine Rückgabe entscheide, verkündete der Regierungschef am 27. Mai. Portugals Präsident Sampaio erklärte der Lissaboner Zeitung *Publico* am 30. Mai, die Errichtung der Stiftung sei eine „private Initiative“ des Generals und hätte nichts mit Staatsangelegenheiten zu tun. Eine solche Initiative könnte „nie bindend“ für Portugal sein. Er nannte die Kontroverse eine „Episode“, die keine Auswirkung auf die Beziehungen zu China und Macau habe. (SCMP, 17., 27., 29., 30., 31.5., 3.6.00) Der Vorstand der Jorge-Alvares-Stiftung beriet am 30. Mai über die Zukunft der Stiftung und die Frage der Rückgabe der 50 Mio. Allen Protesten in Portugal und Macau zum Trotz entschieden sich die Treuhänder, das Geld nicht zurückzugeben. Ferner trat General Vieira von seinem Amt als Präsident der Stiftung zurück, bleibt aber als Treuhänder weiter tätig. (SCMP, 3.6.00) -ljk-

41 Edmund Ho trifft Tung Chee-hwa

Am 12. Mai stattete Hongkongs Regierungschef Tung Chee-hwa (Dong Jianhua) seinem Macauer Amtskollegen einen Besuch ab. Vorher hatten sich beide Seiten bereits auf die Ernennung von Verbindungsbeamten zur Ausweitung der Zusammenarbeit geeinigt. Dies verlautete nach einem Bericht der Hongkonger *South China Morning Post* am Vorabend des Besuchs aus höheren Macauer Regierungskreisen. Die Beamten, die als „direktes Verbindungsglied“ zwischen den Regionen dienen sollen, würden sich aus höheren Staatsbediensteten und dem „inneren Beraterkreis“ beider Regierungschefs rekrutieren. Eine formelle Verbindung auf höherer Ebene zwischen Macau und Hongkong hatte es unter portugiesischer Herrschaft nicht gegeben. Am Mittag fand ein Arbeitssessen zwi-

schen den beiden Chefs der Sonderverswaltungsregionen statt. Beide stimmten im Wunsch nach verbesserter Zusammenarbeit überein und bestätigten die Absicht, besondere Verbindungskanäle zu schaffen. Ferner setzten sie sich dafür ein, für die Inhaber von Hongkonger und Macauer Reisepässe die visafreie Einreise in die EU zu realisieren. Auch die Möglichkeit des Baus einer Brücke zwischen Macau und Hongkong wurde erörtert. Beide nannten ihn ein lohnenswertes Projekt. Nach Meinung von Tung Chee-hwa ist das Projekt eine Idee mit langfristiger Perspektive, das zu gegebener Zeit untersucht werden müsse. Edmund Ho gilt als eifriger Befürworter der Brücke, die in seinen Vorstellungen die wirtschaftliche Entwicklung durch bessere Verkehrs- und Tourismusverbindungen verbessern, den Status Macaus als internationales Konferenz- und Dienstleistungszentrum aufwerten und die Abhängigkeit Macaus von Fährverbindungen für den Personen- und Warenverkehr beenden würde. Er sei „100%ig dafür“, was den Bau anbelange, aber die Bedingungen müssten stimmen. Die Zusammenarbeit mit dem Festland sei unerlässlich, um das Projekt in die Tat umzusetzen. Er sei zuversichtlich, dass das Brückenprojekt nicht kurzfristig, aber in Zukunft auf der Tagesordnung stehen werde.

Der Bau eines solchen ehrgeizigen Projekts ist schon des längeren im Gespräch, doch ist es nie zu detaillierten Plänen gekommen. Die *Post* zitiert einen Ingenieur im Dienst der Regierung Macaus mit den Worten: „Das Projekt ist seit mindestens 20 Jahren ein Luftschloss, und es wird möglicherweise noch einmal 20 Jahre brauchen, um die Idee zu verwirklichen, falls überhaupt.“ Dagegen gab sich die bereits erwähnte Quelle aus Regierungskreisen zuversichtlich. Der Bau werde auf jeden Fall mittelfristig realisiert werden. Es gebe keinen Zweifel daran, dass die Brücke gebaut werde; die einzige Frage sei, wie und wann.

Beide Regierungschefs nannten ihre Gespräche abschließend sehr positiv. Edmund Ho gab bekannt, dass Tung Chee-hwa die Bemühungen in Macau eingetragener Firmen unterstütze, an der Hongkonger Börse registriert zu werden. Ho drängte Gesellschaften aus Macau, das keine eigene Börse

besitzt, über einen Zusammenschluss mit Hongkonger Partnern nachzudenken. (SCMP, 12., 13.5.00) -ljk-

42 Erste Arbeiterdemonstrationen nach der Übergabe

Am 7. Mai marschierten 500 Demonstranten zum Büro des Regierungschefs Edmund Ho in der Alameda Dr Carlos d'Assumpcao und forderten die Beendigung der Einfuhr fremder Arbeitskräfte. Die Demonstration wurde von locker organisierten Gruppen von Bauarbeitern und Arbeitern für Innenausstattung durchgeführt. Es war dies die größte Versammlung von Arbeitern nach der Rückgabe Macaus. 200 Demonstranten weigerten sich fortzugehen, als die Polizei versuchte, die Menge vor dem Amtssitz Edmund Hos, der zu der Zeit nicht in seinem Büro war, zu vertreiben. Die Demonstranten wurden daran gehindert, in die Lobby des Gebäudes einzudringen. Sie zogen erst ab, als eine Petition überreicht werden konnte. Die Bilanz der sechsstündigen Demonstration: ein Bauarbeiter und sechs Polizisten wurden verletzt, ein Mann festgenommen und vor Gericht gestellt. Dank der Vermittlungsbemühungen von Antonio Ng Kuok-cheong, dem Demokratieaktivisten, der der Legislativversammlung angehört, soll es zu keinen größeren Ausschreitungen gekommen sein. Der mächtige Allgemeine Gewerkschaftsverband von Macau, der Beijing nahesteht, hatte sich der Demonstration nicht angeschlossen. Die Regierung gab am Abend eine Erklärung ab, in der sie zur Ruhe aufrief und erklärte, sie arbeite an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und wolle Verordnungen erlassen, die die lokale Wirtschaft, vor allem das Baugewerbe, zwingen, zuerst lokale Arbeiter zu beschäftigen. Das Programm des Imports von Arbeitskräften, das Ende der 80er Jahre zu Zeiten wirtschaftlicher Blüte in Macau begonnen hatte, würde allerdings nicht beendet werden.

Etwa 28.000 (=13%) der insgesamt 217.000 Arbeitskräfte Macaus sind aus der VR China, von den Philippinen und anderswo importiert. Diese Arbeiter sind bereit, an sieben Tagen der Woche zwölf Stunden für 2.000 bis 3.000 MPtc im Monat zu arbei-

ten und die von lokalen Arbeitern unbeliebten „3D-Jobs“ (dirty, dangerous, dull) zu verrichten. Nach Schätzungen von Sozialarbeitern müssen die meisten Haushalte mit einem Gesamteinkommen von 5.000 MPtc im Monat über die Runden kommen. Ein Sprecher der Demonstranten gab an, dass 70% der 20.000 Bauarbeiter bereits mehrere Wochen oder sogar schon mehrere Monate arbeitslos seien. „Die Einfuhr billiger Arbeit aus China muss aufhören“, forderte er.

Nach Regierungsangaben betrug die Arbeitslosenrate im ersten Vierteljahr 2000 6,7% (= 14.000 Personen), aber Sozialarbeiter und Ökonomen rücken die Zahl eher Richtung 10% (ca. 20.000 Personen). Etwa 10.000 Bürger Macaus haben Arbeit in Taiwan und in Übersee gefunden. Von der strukturellen Arbeitslosigkeit sind vor allem die Immigranten aus der Küstenprovinz Fujian betroffen, die den Großteil der lokalen Bauarbeiter und anderer Handarbeiter stellen und die etwa 20% der Bevölkerung ausmachen. (SCMP, 8., 20.5.00)

Am 19. Mai fanden in Macau dann die größten Demonstrationen seit 1989, als es Proteste gegen die Unterdrückung der Studentendemonstrationen in der Volksrepublik gab, statt. Regierungschef Edmund Ho stattete zu der Zeit gerade Portugal einen offiziellen Besuch ab. 1.500 Demonstranten, meist arbeitslose Bau- und Fabrikarbeiter, führten einen zweistündigen Protestmarsch durch. Die Demonstration war von einem Zusammenschluss katholischer, protestantischer, Pro-Gewerkschafts- und pro-demokratischer Kräfte organisiert worden. Fünf Tage lang wurden auf Sit-ins „wirkliche Taten“ gegen Arbeitslosigkeit und den Import von Arbeitskräften gefordert. Die Zahl der importierten Arbeitskräfte sollten umgehend auf 10% der gesamten Arbeitskräfte reduziert werden, forderte ein Stadtrat. „Gebt uns unsere Reisschalen wieder!“, und „Macaus Geschäftsleute lenken die Regierung durch Fernsteuerung“ war auf Transparenten zu lesen. Die Demonstranten warfen dem Allgemeinen Gewerkschaftsverband das Versäumnis vor, die Probleme der Arbeiter anzusprechen. „Die Pro-Beijing-Gewerkschaften sind ein großer Witz. Sie sind Handlanger der Regierung und des *big business*“, be-

klagte sich ein arbeitsloser Textilarbeiter. Vertreter der Demonstranten händigten einem Regierungsvertreter ein Protestschreiben aus. Tags zuvor hatte die Regierung in einer Erklärung mitgeteilt, sie „verstehe vollkommen die schwierige Situation der arbeitslosen Arbeiter“. Sie verwies darauf, dass in einigen Bereichen der Wirtschaft bereits Anzeichen der Erholung auszumachen seien. (SCMP, 20.5.00) -ljk-

43 Triadenchef klagt bei der UNO

Die UN-Kommission für Menschenrechte nahm am 22. Mai die Klage von „Broken Tooth“ Wan Kuok-koi (Yin Guoju), ihm sei ein fairer Prozess verweigert worden, an. Dies teilte sein Verteidiger Pedro Redinha mit. Die Klage war kurz vor der Rückgabe Macaus an China eingereicht worden. Der mutmaßliche Chef der 14K-Triade, 46 Jahre alt und Besitzer eines portugiesischen Passes, war im November letzten Jahres von Richter Fernando Estrela zur Höchststrafe von 15 Jahren für Anführerschaft im organisierten Verbrechen verurteilt worden. (S. C.a., 1999/11, Ü 37) Sein Bruder Wan Kuok-hung erhielt fünf Jahre. „Broken Tooth“, der frühere Polizeibeamte Arthur Chiang Calderon - er gilt als sein militärischer Berater - , der eine Haftstrafe von zehneinhalb Jahren verbüßen muss, und vier weitere hochrangige Triadenmitglieder sitzen in einem Hochsicherheitstrakt auf der Insel Coloane ein.

Redinha beschuldigte den früheren Gouverneur Rocha Vieira „systematischer Menschenrechtsverletzungen“ im Vorfeld der Übergabe Macaus. Er sei „in hohem Maß schuldhaft“ für die Atmosphäre, in der der Prozess stattgefunden habe. Falls sich die Vorwürfe erhärten, könnte Wan Kuok-koi Entschädigung von Portugal verlangen. Ferner hat die Verteidigung Berufung gegen die Verhängung der Höchststrafe gegen ihren Mandanten eingelegt. Er hoffe, dass es jetzt nach der Übergabe einen fairen Prozess geben werde und die Regierung der SVR Macau keine Vorurteile gegen irgendjemanden habe und keinen Vorzug, ließ „Broken Tooth“ seine Schwester ausrichten. Sein Verteidiger beschuldigte die frühere Regie-

rung, Wan Kuok-koi's Recht auf einen fairen Prozess nach Artikel 14 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte verletzt zu haben. Portugal sei einer der Unterzeichnerstaaten dieses Pakts, dessen Anwendungsbereich Lissabon auf Macau ausgedehnt habe. Bei der Klage gehe es auch um die Unterlassung des Gerichts, den kontroversen vorsitzenden Richter Estrela auszuwechseln, wie es Wan gefordert hatte. Außerdem habe es die „Verfahrensnormen“, die nach Ansicht des Verurteilten beim Prozess verletzt worden seien, nicht überprüft. (SCMP, 26.5.00)

Am Monatsanfang hatte Wan Kuok-kois Mutter Chan Lai-peng eine Anzeige in zwei chinesischsprachigen Zeitungen (eine Übersetzung wurde auch in der portugiesischsprachigen Zeitung *Jornal Tribuna de Macau* veröffentlicht) geschaltet, in der sie gegen einen Bericht in der *Ou Mun Yat Pou* (Macau Daily News) protestierte. Das halboffizielle Sprachrohr Beijings, die auflagenstärkste Zeitung in Macau, hatte nicht zu identifizierende Gerichtsquellen zitiert und berichtet, das Gericht zweiter Instanz, das sich im Juni mit Wans Berufungsverfahren beschäftigen wird, werde die Haftstrafe von 15 Jahren für Wan Kuok-koi bestätigen. Die Mutter schrieb in der Anzeige, sie und ihre Familie behielten sich das Recht vor, rechtlich gegen den Bericht vorzugehen. Die Zeitung hatte auch behauptet, das Gericht werde die Strafe gegen Calderon erhöhen. In Rechtskreisen wurde der *Ou-Mun*-Bericht scharf kritisiert; es wurde auch erwogen, die Anwaltskammer tätig werden zu lassen. Das Gericht zweiter Instanz äußerte sich nicht zu dem von der Zeitung vorgenommenen Versuch der Einflussnahme auf die Berufungsverfahren. Aus Gerichtskreisen verlautete, der Bericht sei „absolut unbegründet“ und die Rechtsprechung sei „sich der Tatsache wohl bewusst, dass die Behandlung der Berufungen eine Feuerprobe für die Unabhängigkeit der Gerichte nach der Übergabe darstellt“. (SCMP, 2., 26.5.00) -ljk-

44 Zukunftspläne von Air Macau

Die Fluggesellschaft Macaus - Air Macau - erwartet eine Verdoppelung ih-

res Gewinns von 6,6 Mio. US\$ im letzten Jahr durch die anwachsende Reisewelle von Festlandschinesen seit der Übergabe (die Besucherzahlen schnellten um 50 bis 100% in die Höhe). Die 1995 gegründete Air Macau ist ein sino-portugiesisches Joint Venture, bei dem die in Hongkong registrierte China National Aviation Corp. (CNAC) 51% hält. Die Gesellschaft verfügt über acht Airbus-Flugzeuge (fünf A321 und drei A320) und erwägt den Kauf von weiteren vier bis fünf Maschinen. Air Macau profitiert von seiner Funktion als Zwischenstation für den Flugverkehr Taiwan-Volksrepublik, da es keine direkte Verbindung zwischen Taiwan und dem Festland gibt. Etwa 70% der 1,3 Mio. Fluggäste, die Air Macau im letzten Jahr transportierte, kam aus Taiwan, und die meisten hatten ein Reiseziel in der Volksrepublik. Im Falle der Aufnahme des direkten Flugverkehrs zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße könnte es für Air Macau ebenso wie für ihre Schwestergesellschaft in Hongkong, der zu 43% im Besitz von CNAC befindlichen Dragon Air, gewaltige finanzielle Einbußen geben. Nach Angaben des Präsidenten von Air Macau Zhou Yunda sollen innerhalb der nächsten fünf Jahre weitere fünf bis sechs Ziele auf dem Festland angefliegen werden. Ferner finden Gespräche mit Japan über die Einrichtung von Flugverbindungen statt, Vietnam und Kambodscha stehen auf der Wunschliste für den Flugverkehr, und Air Macau hofft auf eine Rolle als Drehscheibe für den Flugverkehr Taiwans nach Europa. So wäre nach Zhou Yundas Ansicht eine Route Taiwan-Frankfurt über Macau eine Möglichkeit. Air Macau führt in der Woche 51 Flüge nach Taibei und 16 nach Kaohsiung (Gaoxiong) durch und fliegt 14 Orte auf dem Festland an, wobei es zwei Flüge täglich nach Shanghai und einen nach Beijing gibt. (SCMP, 15.5.00) -ljk-

45 Wirtschaftsnachrichten

Macau erzielte in den ersten drei Monaten dieses Jahres einen Außenhandelsüberschuss von 500 Mio. MPtc (62,5 Mio. US\$). Der Überschuss schnellte nach Angaben des Statistikamts der SVRM im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 656% in die Höhe.

Exporte machten 4 Mrd. MPtc (500 Mio. US\$) und Importe 3,5 Mrd. MPtc (437,5 Mio. US\$) aus. Hauptausfuhrsgüter waren nach wie vor Textilien und Kleidung, die 81,4% aller Exportwaren ausmachten. Die meisten Exporte gingen mit 44,7% in die USA und mit 32,5% in die EU. Exporte in die VR China und die SVR Hongkong erreichten 16,8%. Importe stammten meist aus dem asiatisch-pazifischen Raum; die VR China und die SVR Hongkong waren mit 55% die Hauptlieferländer. Waren aus den USA und aus der EU machten 15% aus. (XNA, 19.5.00)

Nach Angaben des Statistikamts sind im ersten Vierteljahr in Macau 161 neue Firmen gegründet worden, 36,4% mehr als im selben Zeitraum 1999. Die neuen Firmen verfügen über ein Gesamtkapitalvolumen von 16 Mio. MPtc (2 Mio. US\$), eine Abnahme um 0,6% im Vergleich zum Zeitraum Januar bis März 1999. Von den neuen Firmen wurden 73 als im Groß- und Einzelhandel und 15% als im Bau- und Immobiliengewerbe Tätige eingetragen. In den ersten drei Monaten wurden 29 Firmen mit einem Kapitalvolumen von 3,7 Mio. MPtc (462.500 Mio. US\$) geschlossen. (XNA, 19.5.00) -ljk-

Taiwan

46 Amtsantritt der neuen Regierung

Herausragendes politisches Ereignis im Berichtsmonat war der Regierungswechsel am 20. Mai. Zur mit Spannung erwarteten Antrittsrede des neuen Präsidenten und dem politischen Programm des neuen Kabinetts siehe das separate Thema in diesem Heft.

47 Auftrag für Hochtief

Hochtief, Deutschlands größter Baukonzern, übernimmt die Federführung bei einem 820 Mio. Euro schweren Auftrag aus Taiwan. Dabei handelt es sich um den Bau eines 40 km langen Teilstücks der Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke, die zwischen Taipei und Kaohsiung (Gaoxiong) entsteht. Auf

Hochtief selbst sollen 55% des Auftragswerts entfallen. Als Ausführungszeitraum wurden die Jahre 2000-2004 angegeben. (HB, 9.5.00; CP, 10.5.00) -hws-

48 Verbesserte Konjunkturprognosen für das laufende Jahr

Taiwans Wirtschaft floriert. Das ergibt sich aus neuen Zahlen, die im Mai bekannt wurden. So lagen die Exporte im April um 34,2% über dem Wert des Vorjahresmonats, bei Importen betrug die Steigerung sogar 48,5% - Werte, die deutlich über den Prognosen lagen. Die absoluten Zahlen - 12,27 Mio. US\$ Exporte, 12,16 Mio. US\$ Importe - weisen nach wie vor einen Handelsüberschuss auf, auch wenn dieser gegenüber dem Vorjahresmonat um 87,8% niedriger ausfiel. Die Zuwächse bei Ein- und Ausfuhr liegen damit bereits im siebten Monat im zweistelligen Bereich. Besonders kräftig zogen die Ausfuhren von Elektronik an, für die Taiwan traditionell eine starke Weltmarktposition besitzt, und zwar um 59,7%. (SCMP, 9.5.00)

Die Regierung setzte auf Grund dieser Werte ihre Erwartung für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im laufenden Jahr von 6,54 auf 6,73% herauf. Tatsächlich lag das BIP-Wachstum im ersten Quartal bereits bei 7,93%. Es handelte sich um den höchsten derartigen Quartalswert in den letzten acht Jahren. Auf Grund eines schwächelnden Aktienmarktes wird für das zweite Quartal 2000 jedoch mit mehr Zurückhaltung bei den privaten Investitions- und Konsumausgaben gerechnet, sodass der hohe Wachstumswert des ersten Quartals nicht wieder erreicht wird.

Das ökonomische Gesamtbild der taiwanischen Wirtschaft sieht derzeit umso besser aus, als die Inflationserwartungen ebenfalls gering sind. Bei den Verbraucherpreisen wird von einer Teuerung von 1,8% ausgegangen. Angesichts der in den USA steigenden Basiszinsen hatte die taiwanische Zentralbank bereits im März zwei Basiswerte um 0,125 Prozentpunkte heraufgesetzt. Viele Analysten gehen jedoch für die zweite Jahreshälfte von einer leicht steigenden Teuerungsrate aus. (Wall Street Journal, Internetausgabe, 22.5.00) Bislang war eine im-

portinduzierte Inflation auf Grund eines erstarkten Taiwandollars (innerhalb von 12 Monaten plus 7% gegenüber dem US-Dollar) weitgehend ausgeblieben. (NZZ, 29.5.00)

Die ohnehin schon äußerst niedrige Erwerbslosigkeit ging im April weiter zurück, und zwar von 2,83% im März auf 2,73%. Den erwarteten Jahresdurchschnitt korrigierte die Regierung im Mai von 2,8 auf 2,7%, nachdem im letzten Jahr noch ein Höchstwert von 2,92% zu verzeichnen gewesen war. (Wall Street Journal, Internetausgabe, 23.5.00)

Andere Indikatoren deuten jedoch an, dass es der Wirtschaft trotz eines sehr positiven Gesamtbildes nicht in allen Bereichen gleich gut geht. So blieb die Industrieproduktion im April mit einem Wachstum von 5,98% gegenüber dem Vorjahresmonat deutlich hinter den Erwartungen zurück: Prognostiziert worden waren 11,6%. Ein aus sieben Indikatoren gebildeter Wirtschaftsindex fiel im April im dritten Monat in Folge. Für die zweite Jahreshälfte erwarten Wirtschaftsexperten gleichwohl eine anhaltend kräftige Konjunktur, sofern die politische Lage an der Taiwanstraße stabil bleibt. (Wall Street Journal, Internetausgabe, 23.5. und 29.5.00) -hws-

49 Zivildienstgesetz in Kraft

Seit Anfang Mai ist die Verweigerung des Kriegsdienstes aus Gewissens- oder familiären Gründen erstmals durch ein Zivildienstgesetz geregelt. Bislang sah die für junge Männer geltende allgemeine Wehrpflicht keine Ausnahmen vor. Wer jeden Dienst mit der Waffe ablehnte, hatte langjährige Haftstrafen zu gewärtigen, die denen eines Schwerverbrechers nicht viel nachstanden. Dies betraf vor allem Angehörige der „Zeugen Jehovas“. Anfang des Jahres saßen aus diesem Grunde 28 Personen ein.

Ihnen und allen anderen, für die der Wehrdienst mit einer besonderen Härte verbunden ist, öffnen sich nun Alternativen. Fürs Erste wurden bereits 5.000 Zivildienststellen bei der Polizei, der Feuerwehr, im Umweltschutz sowie in der Kranken- und Altenpflege eingerichtet. Wer zu Hause pflegebedürftige Anhörige zu versorgen hat, kommt mit einem Zivildienst von 26